

23.08.2022

# Antrag

der Fraktion der AfD

## **Energiesicherheit statt „Energiewende“ – Versorgungssicherheit unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit endlich wieder sicherstellen!**

### **I. Ausgangslage**

„Standortfaktoren sind im Allgemeinen Eigenschaften, die die Attraktivität eines Ortes bzw. einer Region für ein Unternehmen bestimmen. Die Qualität eines Standortes beeinflusst sowohl die Standortwahl bereits angesiedelter als auch ansiedlungswilliger Unternehmen. Die Verbesserung der Standortqualität ist daher ein Mittel zur Sicherung der Anwesenheit bereits angesiedelter Unternehmen ("Bestandspflege") und auch zur Anwerbung neuer Unternehmen.“<sup>1</sup>

Einer der wichtigsten „harten“ Standortfaktoren für eine Industrienation ist eine Energieversorgung, die gleichermaßen sicher und zuverlässig sowie preisgünstig und umweltverträglich ist. Kaum ein anderer Teil unserer Infrastruktur ist für Wohlstand und Sicherheit unserer Gesellschaft derart entscheidend wie diese Versorgung mit Strom, Wärme und im Übrigen auch Mobilität.

Nicht erst der völkerrechtswidrige Angriff von Russland auf die Ukraine und der dort bis heute andauernde Krieg haben die Schwächen der deutschen Energiepolitik der letzten beiden Jahrzehnte schonungslos offen gelegt.

Die Energiepolitik der letzten zwei Jahrzehnte hat die Bezahlbarkeit, die Umweltverträglichkeit und die Zuverlässigkeit anderen, ideologischen Zielen untergeordnet. Bei dieser Energiepolitik unterscheiden sich die Glaubenssätze der im Bund oder Land regierenden Parteien nur in Nuancen. Diese Parteien schreiten seit an seit in eine Energie-Phantasiewelt, in der der Wind immer weht, im Winter am frühen Morgen immer genügend Strom für Wärmepumpen da sein wird und Frankreich und Polen bei einer Dunkelflaute allzeit für ausreichend Strom aus Kernkraft oder Kohle bereitstehen. Doch diese Energie-Phantasiewelt stellt sich nun der Lebenswirklichkeit. Und die aktuellen Daten zeigen, dass diese Energie-Phantasiewelt an der Realität gescheitert ist. Im Einzelnen fehlt es an Bezahlbarkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit:

---

<sup>1</sup> <https://www.klett.de/alias/1010801> und vgl. <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/gas-krise-neubaur-fahrplan-nrw-100.html>. Laut einem WDR-Artikel sind in der energieintensiven Industrie 440.000 Menschen beschäftigt (jeweils zuletzt abgerufen am 18.08.2022 um 11:00 Uhr).

- Fehlende Bezahlbarkeit:

In einem Preisvergleich von 40 Ländern bezogen auf Strom hatte Deutschland im Jahr 2021 hinter den Bermudas den zweithöchsten Strompreis. Während die Erhebung von GlobalPetrolPrices darin für Deutschland einen Preis je Kilowattstunde von 36 Cent für private Haushalte nennt, liegen Wettbewerber wie China bei 9 Cent, Frankreich bei 21 Cent oder die sonst als sehr teuer eingeschätzte Schweiz bei 23 Cent (alle in US-Dollar).<sup>2</sup> Für die Industrie – die letztlich der Garant für die Arbeitsplätze in Deutschland ist – waren die Unterschiede ebenfalls enorm. Mittelgroße Unternehmen zahlten 2021 in Deutschland 12,67 Cent pro kWh, während der Preis in Polen mit 8,89 Cent pro kWh und in Frankreich mit 7,47 Cent pro kWh deutlich niedriger lag (alle in Euro-Cent).<sup>3</sup>

Die statistisch erfassten Ist-Preise des Jahres 2021 beruhen meist auf Strompreisvereinbarungen aus dem Jahr 2020 oder anderen Vorjahren. Die Preissprünge, die bereits bis Ende 2021 an den Börsen erkennbar waren, sind demnach noch nicht in dieser Statistik enthalten. So stieg der für deutsche Unternehmen relevante Börsenpreis vom Januar 2021 bis zum Dezember 2021 massiv von 3,75 Cent pro kWh auf 11,42 Ct/kWh (jeweils Peak-Preis, Day-Ahead) bzw. von 3,05 Ct/kWh auf 9,68 Ct/kWh (Base-Preis, Day-Ahead).<sup>4</sup>

Die bisherigen und auch die folgenden Preisentwicklungen (z.B. über Phelix Baseload Year Futures) können sehr gut über die Börsendaten der EEX nachvollzogen werden. Dabei ist erkennbar, dass nicht nur die kurzfristigen Ein-Tagespreise (day-ahead), sondern auch die langfristigen Strompreise der Folgejahre (Futures) bereits vor dem russischen Angriffskrieg deutlich angestiegen sind. Zudem ist ersichtlich, dass sich die Preise auch in den nächsten Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit kaum entspannen werden. Der Base-Preis betrug am 01.01.2021 für die Lieferjahre 2022 bis 2025 fast über alle Jahre 5 Ct/kWh und wies eine Schwankungsbreite von lediglich 4,97 bis 5,02 Ct/kWh aus. Die CO<sub>2</sub>-Zertifikate kosteten rund 33 Euro/Tonne.

Nach Abschaltung von drei Kernkraftwerken zum Ende des Jahres 2021 und einem Anziehen der Weltkonjunktur stieg der Strompreis zum 23.02.2022 auf 15,64 Ct/kWh (für das Lieferjahr 2023). Selbst bei den langfristigen Handelsprodukten (Lieferjahr 2026) gab es noch einen Anstieg auf 9,29 Ct/kWh. Die CO<sub>2</sub>-Zertifikate kosteten zum 23.02.2022 zwischen 95 und 105 €/t. Dabei ist insbesondere zu erkennen, dass ein immer noch hoher Strompreis im Jahr 2026 mit einem sehr hohen CO<sub>2</sub>-Preis von 105 €/t korreliert.<sup>5</sup>

Erkennbar stiegen die Energiepreise bereits vor dem Ukraine-Krieg deutlich – überwiegend aufgrund von politischen Vorgaben (Abschaltung Kernenergie und Verknappung CO<sub>2</sub>-Zertifikate).

Der Aufbau der Kapazitäten der sogenannten Erneuerbaren Energien führte bereits zu Subventionen von mehreren hundert Milliarden Euro. Durch das Konstruieren des EEG mit langjährigen Garantiezeiten sind die Kosten der bisherigen Installationen – auch bei einem

<sup>2</sup> Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/13020/umfrage/strompreise-in-ausgewaehlten-laendern/> (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:40 Uhr)

<sup>3</sup> Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151260/umfrage/strompreise-fuer-industriekunden-in-europa/> (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:40 Uhr)

<sup>4</sup> Vgl. <https://www.ffe.de/veroeffentlichungen/deutsche-strompreise-an-der-boerse-epex-spot-in-2021/> (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:41 Uhr)

<sup>5</sup> Vgl. [https://www.swu.de/geschaeftskunden/service/swu-marktbericht/?no\\_cache=1](https://www.swu.de/geschaeftskunden/service/swu-marktbericht/?no_cache=1), erkennbar am Datenpunkt in der auf den jeweiligen Zeitraum erweiterbaren Grafik auf der verlinkten Seite. Der Datenpunkt 03.01.2022 zeigte bereits deutliche Erhöhungen, wird aber hier nicht zusätzlich ausgewiesen (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:41 Uhr)

sofortigen Stopp der Installation weiterer Windindustrieanlagen und PV-Anlagen – noch in den nächsten zwei Jahrzehnten von den Bürgern zu tragen. Experten schätzen zudem, dass der zusätzliche weitere Ausbau der Kapazitäten 6.000 Milliarden Euro kosten könnte.<sup>6</sup>

- Fehlende Umweltverträglichkeit:

Die Gefahren der so genannten „Erneuerbaren“ Energien sind inzwischen ausreichend bekannt. Windindustrieanlagen bewirken beispielsweise eine enorme Flächenversiegelung und führen nicht nur zum Vogelschlag, sondern töten im Sommer täglich mehrere Milliarden Insekten.<sup>7</sup> Notwendige Rohstoffe wie Neodym werden unter menschenverachtenden Bedingungen beispielsweise in China abgebaut.<sup>8</sup> Überbleibsel der Zufallsstrom-Erzeugungsanlagen müssen zum Teil in großen Mengen als Sondermüll entsorgt werden.<sup>9</sup> Auch Photovoltaik-Anlagen beanspruchen wichtige Ressourcen wie Silizium – hergestellt mit in Minen abgebautem reinsten Quarzsand und in einem Hochtemperaturofen mit Kohle geschmolzen. Anschaulich erklärt der Wissenschaftler Ozzie Zehner im Film „Planet of the humans“ die Problematik.<sup>10</sup>

- Fehlende Versorgungssicherheit:

Durch die unplanmäßige Einspeisung von wetterabhängigen Stromerzeugern und dem fehlenden Netzausbau stiegen die Kosten für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit innerhalb von 10 Jahren um 1.276 Prozent auf jährlich 1,265 Mrd. Euro (2011: 91,9 Millionen Euro; 2020: 1.265 Millionen Euro).<sup>11</sup> Der Bundesrechnungshof urteilt trocken: „Der Bund steuert die Energiewende mit Blick auf die gesetzlichen Ziele einer sicheren und preisgünstigen Versorgung mit Strom weiterhin unzureichend. Die Steuerung der Energiewende durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ist nach wie vor mangelhaft. Das BMWi geht von teils zu optimistischen und teils unplausiblen Annahmen zur Sicherheit der Stromversorgung aus.“<sup>12</sup> Anzahl und Kosten der sog. Redispatch-Maßnahmen zur Stabilisierung des Stromnetzes lassen erkennen, dass unsere ehemals nie in Frage stehende Versorgungssicherheit immer fragiler wird.

Für die Versorgungssicherheit spielt die Verfügbarkeit von Erzeugern und hier insbesondere die Grundlastfähigkeit eine wesentliche Rolle. Während die Grundlastfähigkeit bei PV-Anlagen bei 0 Prozent liegt, liegt sie bei Windindustrieanlagen über alle Anlagen hinweg bei 1 Prozent.

<sup>6</sup> Vgl. <https://www.handelsblatt.com/technik/thespark/nachhaltigkeit-der-umbau-zur-klimaneutralen-wirtschaft-kostet-deutschland-sechs-billionen-euro/27596596.html> (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:42 Uhr)

<sup>7</sup> Vgl. [https://www.dlr.de/tt/Portaldata/41/Resources/dokumente/st/et\\_1810\\_10\\_3\\_Trieb\\_BCDR\\_51-55\\_ohne.pdf](https://www.dlr.de/tt/Portaldata/41/Resources/dokumente/st/et_1810_10_3_Trieb_BCDR_51-55_ohne.pdf) (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:42 Uhr)

<sup>8</sup> Vgl. <http://mothersdirt.net/2016/01/07/baotou-chinas-hoelle-auf-erden/> (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:43 Uhr)

<sup>9</sup> Vgl. [https://www.focus.de/finanzen/boerse/rotorblaetter-werden-zum-problem-im-massengrab-4-000-windraeder-jaehrlich-landen-auf-dem-sondermuell\\_id\\_11639296.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/rotorblaetter-werden-zum-problem-im-massengrab-4-000-windraeder-jaehrlich-landen-auf-dem-sondermuell_id_11639296.html) (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:43 Uhr)

<sup>10</sup> Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=Zk11vl-7czE&t=3s>, etwa ab Minute 24:20 (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:44 Uhr)

<sup>11</sup> Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/618806/umfrage/kosten-fuer-die-sicherstellung-der-versorgungssicherheit-des-deutschen-stromnetzes/> (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:44 Uhr)

<sup>12</sup> Vgl. <https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/sonderberichte/2021/bund-steuert-energiewende-weiterhin-unzureichend> (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:45 Uhr)

Fossile Kraftwerke und atomare Kraftwerke sind allesamt grundsätzlich grundlastfähig und verfügen über eine technische Verfügbarkeit von mehr als 90 Prozent.

Ein wichtiger Punkt bei der langfristigen Versorgungssicherheit darf nicht außer Acht gelassen werden: Für alle Stromerzeuger werden dauerhaft Rohstoffe benötigt. Das gilt sowohl für fossile als auch atomare und vor allen Dingen für „erneuerbare“ Energieerzeuger. Denn während die großen Erzeugungsanlagen wie Kohlekraftwerke, Gaskraftwerke oder Kernkraftwerke bereits im ausreichenden Maße installiert sind, müssten sogenannte „erneuerbare“ Erzeuger erst noch im hinreichenden Maße gebaut werden – mitsamt der nahezu gar nicht vorhandenen langfristigen Speicher. Während es bei Kohle, Gas und Kernkraftwerke also im Wesentlichen um die Beschaffung der Brennstoffe geht, richtet sich bei den sogenannten „Erneuerbaren“ das Augenmerk zunächst auf den Bau der Anlagen, Netze und Infrastruktur sowie die damit einhergehenden hohen Investitionskosten nebst der Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe. Und so warnen immer mehr Wissenschaftler davor, dass nicht nur die Flächen für die Installation fehlen, sondern dass die Rohstoffe für die Energiewende nicht im ausreichenden Maße vorhanden sind.<sup>13</sup> Zudem muss bei den sogenannten „Erneuerbaren“ beachtet werden, dass dauerhaft auch Rohstoffe für Backup-Kraftwerke oder für – noch gar nicht vorhandene – Langfristspeicher benötigt werden. Dabei wird von Politikern als Wunsch immer wieder Wasserstoff als Langzeitspeicher vorgebracht. Nur soll auch dieser zu 85 Prozent importiert werden – insbesondere aus politisch instabilen oder fraglichen Staaten in Nordafrika oder dem mittleren Osten.<sup>14</sup> Bundeswirtschaftsminister Habeck verhandelt dabei auch mit Staaten wie Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten,<sup>15</sup> die zu den „homofeindlichsten Länder(n)“ der Welt zählen.<sup>16</sup>

Bei der Beschaffung der Rohstoffe für fossile oder atomare Kraftwerke sowie für „erneuerbare“ Erzeuger ist zu beachten, dass hier idealerweise keine Abhängigkeiten von instabilen Ländern entstehen sollten.

Braunkohle ist in NRW für Jahrzehnte vorhanden. Hier bestehen die größten Risiken bei der Versorgung mit diesem wertvollen Rohstoff durch die gewalttätige und verfassungsfeindliche Anti-Kohle-Lobby, die auch immer wieder aus Regierungskreisen und den Parlamenten – zum Teil sogar mit Finanzmitteln der Steuerzahler – unterstützt wird.<sup>17</sup>

Steinkohle kann weltweit von vielen verschiedenen Ländern importiert werden. Darunter befinden sich neben Ländern mit kritischen Strukturen wie China und Russland auch zahlreiche Länder mit stabilen, demokratischen Strukturen wie die USA, Australien, Kanada oder Polen. Die zu heutigen Konditionen wirtschaftlich und technisch förderbaren Kohlemengen

---

<sup>13</sup> Vgl. <https://www.spektrum.de/news/fuer-die-energiewende-werden-die-rohstoffe-knapp/2005387> (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:45 Uhr)

<sup>14</sup> Vgl. <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/gruener-wasserstoff-aus-afrika-wunderwaffe-oder-millionengrab> (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:46 Uhr)

<sup>15</sup> Vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/habeck-katar-ukraine-krieg-russland-100.html> (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:46 Uhr)

<sup>16</sup> Vgl. <https://www.welt.de/reise/Fern/article206490685/Gay-Travel-Index-In-15-Laendern-droht-Homosexuellen-Todesstrafe.html> (zuletzt abgerufen am 17.08.2020 um 13:47 Uhr)

<sup>17</sup> Vgl. beispielsweise <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/steffi-lemke-bundesumweltministerin-solidarisiert-sich-mit-klimaaktivisten/> oder auch <https://www.tichyseinblick.de/daily-es-sentials/das-bundeswirtschaftsministerium-stuetzte-die-letzte-generation-mit-foerdergeldern/> (zuletzt jeweils abgerufen am 17.08.2022 um 13:48 Uhr).

Zur Verfassungsfeindlichkeit vgl. die Verfassungsschutzberichte NRW, z.B. „Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2021“, S. 170.

(Reserven) entsprechen mehr als dem Hundertfachen des heutigen jährlichen Verbrauchs.<sup>18</sup> Als Schüttgut kann Steinkohle relativ günstig mit Schiffen transportiert werden. Erdgas ist ebenfalls noch für mehrere Jahrzehnte verfügbar.<sup>19</sup> Die Gewinnung ist allerdings im Vergleich zur – teilweise im Tagebau geförderten – Kohle deutlich teurer. Die Kosten steigen weiter, wenn Gas nicht per Pipeline, sondern per Schiff transportiert werden muss. Denn für den Transport muss das Gas verflüssigt werden, was mit hohen Energiekosten verbunden ist. Ein Teil des transportierten Gases verlieren die Schiffe als sogenanntes Boil-off-Gas (BOG). Zudem ist die Anzahl der Transportschiffe gering.<sup>20</sup> Die größten Reserven und Ressourcen befinden sich allerdings in – aus demokratischer Sicht – kritischen Staaten wie Russland, Iran oder Katar. Durch die Blockade von Nord Stream 2 kauft Deutschland nun vermehrt flüssiges Gas auf dem Weltmarkt und verursacht damit auch hohes Leid in ärmeren Ländern, die nicht mit den Preisen der Industrieländer mithalten können.<sup>21</sup>

Uran ist weltweit für knapp 150 Jahre (Reserven) bzw. mehr als 300 Jahre (Ressourcen) verfügbar. Allein die Restenergie deutscher Brennelemente würde allerdings bei Erlaubnis einer Wiederaufbereitung für mehr als 100 Jahre Energie liefern können. Neue Brennelemente könnten zudem aus demokratischen Ländern bezogen werden. Die US-Firma Westinghouse hat bereits im Frühjahr 2022 angeboten, neue Brennelemente innerhalb eines Zeitraums von 9 Monaten zu liefern.<sup>22</sup>

Erdölreserven sind für 80 Jahre vorhanden, Ressourcen für 160 Jahre. Unter den größten Förderländern finden sich wenige „Musterdemokratien“. Für die Energieversorgung spielt Erdöl die Hauptrolle im Mobilitätssektor, in der Stromerzeugung ist dieser Rohstoff jedoch zu vernachlässigen.

Aus Sicht einer langfristigen Versorgungssicherheit am Strommarkt sind damit – unter der Voraussetzung, dass möglichst wenig Mengen aus aktuell im Krieg befindlichen, instabilen oder undemokratischen Ländern bezogen werden sollten – insbesondere die Braunkohle (Deutschland), Uran (USA) und Steinkohle (USA, Australien, Südamerika) die besten Alternativen.

Es bestehen immer Risiken, dass stabile wirtschaftspolitischen Beziehungen aufgrund weltpolitischer Begebenheiten instabil werden. Für eine verantwortungsvolle Industrienation muss es deshalb wichtig sein, bei den Energiequellen einen möglichst breiten Mix zu wählen. Über Jahrzehnte wurde der Konsens eines breiten Energiemixes (Braunkohle, Steinkohle, Gas und Kernkraft) in der Stromerzeugung beachtet. Nach dem Beginn des „Atomausstiegs“ im Jahre 2000 durch SPD und Grüne versetzten CDU und FDP mit der Sofortabschaltung und dem

---

<sup>18</sup> Vgl. hierzu die Studie von statista „Fossile Energieträger“, Seiten 7, 12, 78, 79, 81, <https://de.statista.com/statistik/studie/id/6388/dokument/fossile-energetraeger-statista-dossier/> (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:49 Uhr). Die aktuellen Reserven reichen für 115 Jahre. Zusätzlich zu den nachgewiesenen Reserven gibt es noch Ressourcen, die zu aktuellen Marktpreisen nicht wirtschaftlich oder aus technischen Gründen aktuell nicht hebbar sind. Diese Ressourcen würden für 2.600 Jahre reichen.

<sup>19</sup> Vgl. ebenda, Seite 12.

<sup>20</sup> Vgl. hierzu u.a. [https://www.achgut.com/artikel/die\\_duemmste\\_energiepolitik\\_der\\_welt\\_teil\\_2](https://www.achgut.com/artikel/die_duemmste_energiepolitik_der_welt_teil_2) (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:49 Uhr)

<sup>21</sup> Vgl. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/energiekrise-europa-kauft-gigantische-mengen-fluessiggas-das-stuerzt-millionen-menschen-in-die-dunkelheit/28556708.html> (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:50 Uhr)

<sup>22</sup> Vgl. [https://www.achgut.com/artikel/energie\\_wahrheiten\\_im\\_streckbetrieb](https://www.achgut.com/artikel/energie_wahrheiten_im_streckbetrieb) (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:50 Uhr)

übereilten „Atomausstieg“ 2011 dem Konsens „eines breiten Energiemixes“ den Todesstoß – trotz der Sorgen der Wirtschaft um eine schwindende Versorgungssicherheit.<sup>23</sup>

Die Mängel der Energiepolitik werden inzwischen immer offener diskutiert – und zwar nicht nur in den finanziell vernachlässigten Medien. Selbst das ZDF machte nun mit dem Film „Blackout in Deutschland – Horrorszenario oder reale Gefahr“ eindrucksvoll auf diese Mängel aufmerksam.<sup>24</sup> Mit der Stuttgarter Erklärung haben jüngst zudem 20 namhafte Professoren kritisiert, dass mit „einseitiger Ausrichtung auf Sonne, Wind und Erdgas (...) Deutschland in Energienot manövriert (wurde)“.<sup>25</sup> Sie fordern den Weiterbetrieb deutscher Kernkraftwerke. Diese Erklärung ist inzwischen als Petition beim deutschen Bundestag eingereicht worden.

Die Problematik der Energiepolitik erkannte auch der Ministerpräsident Hendrik Wüst – zumindest vor den Landtagswahlen. Kurz nach dem völkerrechtswidrigen Angriff von Russland auf die Ukraine machte Ministerpräsident Wüst in den Aachener Nachrichten deutlich: „Schon vor der Russland-Ukraine-Krise hätten Verbraucher und Unternehmen unter den hohen Kosten für Strom, Sprit und Heizung gelitten.“<sup>26</sup> Und weiter heißt es: „Preisstabilität und Versorgungssicherheit seien daher in der Krise wichtige Punkte.“<sup>27</sup>

Der Ministerpräsident und seine Minister in der Landesregierung stehen nun in der Pflicht, für Preisstabilität und Versorgungssicherheit zu sorgen.

Eine radikale Umkehr und eine faktenorientierte Besinnung in der Energiepolitik sind deshalb zur Sicherung einer bezahlbaren, umweltfreundlichen und sicheren Energieversorgung das Gebot der Stunde.

## II. Der Landtag stellt fest:

1. Industrie, Gewerbe und Dienstleistung in Nordrhein-Westfalen sind angewiesen auf eine versorgungssichere, preisgünstige und umweltverträgliche Energieversorgung.
2. Die energieintensive Industrie stellt mit mehr als 400.000 Beschäftigten in NRW einen wichtigen Anker unseres Industriestandortes dar.
3. Die bereits weit vor dem Ukraine-Krieg gestiegenen Strom- und Gaspreise sowie die hohen Kosten für die Aufrechterhaltung der Netzstabilität zeigen das Versagen der bisherigen Energiepolitik, die auch unter dem Begriff „Energiewende“ bekannt ist.
4. Für die Abwendung von Blackouts sind – gerade in Ermangelung ausreichender Speichermedien – grundlastfähige Kohle- und Kernkraftwerke nötig.

---

<sup>23</sup> Vgl. <https://www.dw.com/de/bundestag-beschlie%C3%9Ft-atomausstieg/a-15200432-1> (abgerufen am 17.08.2022 um 13:51 Uhr)

<sup>24</sup> Vgl. <https://www.zdf.de/verbraucher/wiso/blackout-in-deutschland--reale-gefahr-100.html> (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:51 Uhr)

<sup>25</sup> Vgl. [https://www.igte.uni-stuttgart.de/dokumente/dokumente\\_es/2022-07-26-Stuttgarter-Erklärung.pdf](https://www.igte.uni-stuttgart.de/dokumente/dokumente_es/2022-07-26-Stuttgarter-Erklärung.pdf) (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:52 Uhr)

<sup>26</sup> [https://www.aachener-nachrichten.de/nrw-region/wuest-plant-spitzengespraech-zur-ukraine-krise-in-nrw\\_aid-66550515](https://www.aachener-nachrichten.de/nrw-region/wuest-plant-spitzengespraech-zur-ukraine-krise-in-nrw_aid-66550515) (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:52 Uhr)

<sup>27</sup> [https://www.aachener-nachrichten.de/nrw-region/wuest-plant-spitzengespraech-zur-ukraine-krise-in-nrw\\_aid-66550515](https://www.aachener-nachrichten.de/nrw-region/wuest-plant-spitzengespraech-zur-ukraine-krise-in-nrw_aid-66550515) (zuletzt abgerufen am 17.08.2022 um 13:52 Uhr)

5. NRW verfügt mit der heimischen Braunkohle über reiche Bodenschätze, die über Jahrzehnte Rohstoffe für moderne Braunkohlekraftwerke und damit für eine stabile Stromversorgung liefern könnten.

### **III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:**

1. Eine Forschungsinitiative zu starten für alle relevanten energieerzeugenden Technologien, zu denen auch die Erforschung von inhärent sicheren Kernkraftwerken der vierten Generation gehört, die die bisherigen Reststoffe der bekannten, alten Kernkraftwerke recyceln und energetisch nutzen können;
2. die Braunkohle als heimischen Rohstoff zu stärken und die Einschränkungsversuche umgehend zu stoppen;
3. sich auf allen Ebenen für einen dauerhaften Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke einzusetzen;
4. sich auf allen Ebenen für eine dauerhafte Wiederinbetriebnahme der zum Ende des letzten Jahres abgeschalteten Kernkraftwerke einzusetzen;
5. sich auf allen Ebenen für ein Aussetzen der Ausschreibungen zum Kohleausstieg einzusetzen;
6. sich auf allen Ebenen für eine dauerhafte Wiederinbetriebnahme aller sich in der Sicherheitsreserve befindlichen NRW-Kohlekraftwerke wie beispielsweise dem modernen Kohlekraftwerk Westfalen E einzusetzen;
7. sich auf allen Ebenen für eine Rückkehr zu einem breiten Energiemix aus Kohle, Gas und Kernkraft einzusetzen und den sogenannten „Kohleausstieg“ zu beenden;
8. sich auf allen Ebenen – im Gegenzug für einen Waffenstillstand – für eine Verhandlung zur Inbetriebnahme von Nord Stream 2 einzusetzen.

Christian Loose  
Dr. Martin Vincentz  
Andreas Keith

und Fraktion